

1)

AntragstellerIn:

Sebastian Neufeld

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,

*alle geschlechterspezifischen Regeln für Ämter/Gremien zu streichen und die Quotierung der Redeliste nur anhand der Erstredner*in Regelung zu führen.*

Genauer (vor allem im Bezug zum Vorstandsantrag vom 18.04.2017):

- 1. §12 Abs. 2 der Organisationssatzung der Studierendenvertretung wie bisher zu belassen*
- 2. §19 Abs. 1 der Organisationssatzung der Studierendenvertretung wie im hier erwähnten Antrag zu ändern, damit dieser Absatz geschlechterneutral formuliert wird.*
- 3. §19 Abs. 3 der Organisationssatzung der Studierendenvertretung auf den ersten Satz „Mindestens ein Vorstandsmitglied soll dem Senat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als gewähltes Mitglied angehören.“ zu kürzen.*
- 4. §23 Abs. 1 der Organisationssatzung der Studierendenvertretung um den Satz „Von den Mitglieder der WSSK sollen mindestens zwei Frauen sein.“ zu streichen*

Begründung:

Die Häufigkeit der Diskussionen zu Quoten bzw. Geschlechterparitäten zeigt ihre Relevanz und gesellschaftliche Strömungen zur Abschaffung geschlechterorientierter Ungleichbehandlung sind seit Jahren zum Glück auf dem Vormarsch.

Auch im Rahmen der Hochschulpolitik gibt es hier Handlungsbedarf, allerdings sollte nicht durch Benachteiligung einer Gruppe versucht eine andere zu stärken.

Unter diesen Umständen immer weitere Quoten einzuführen ist nicht zielführend, verstärkt die Ausgrenzung der eigentlich zu schützenden Gruppen (z.B. Outing von Trans/Inter Menschen, damit Quotierungen für sie überhaupt zählen und Schaffung einer Sonderstellung, anstatt sie als Teil der Gesamtgruppe zu sehen) und diskriminiert auch Männer*, vor allem solche die kein „männliches“ Verhalten aufweisen (z.B. stark dominantes Redeverhalten).*

Männer werden in der Gesellschaft immer noch bevorzugt. Nur sehe ich dies nicht als Grund StuRa-interne Quotierungen einzuführen, die aktiv Männer* ausschließen, wie es im aktuellen Antrag formuliert ist.*

In der Begründung zur vorgeschlagenen Änderung steht der Absatz: „Die bisherigen Regelungen über die Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder (§ 19 Abs. 3 Satzung) sowie über die Quotierung der Redeliste sind so gestaltet, dass sie sich sowohl zugunsten von Frauen als auch zugunsten von Männern[*] und damit zu Lasten von Frauen* auswirken können. Letzteres ist nicht zu rechtfertigen“. Diese Begründung zeigt eine einseitige Orientierung und damit eine offensichtliche Ungleichbehandlung.*

Der eher geringere Frauenanteil im StuRa ist zwar bedauerlich und es sollte versucht werden mehr Frauen für Angelegenheiten der Hochschulpolitik zu finden. Es ist jedoch fraglich, ob sich dies durch solche Regelungen ändern lässt.

LHG §65 Abs.2 und damit auch §1 Abs. 2 der StuRa Organisationssatzung definieren die Aufgaben der VS. Der in beiden stehende Satz „die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft,“ sollte unsere Entscheidungsgrundlage in dieser Diskussion sein. Durch die einseitigen Regelungen werden weitere Benachteiligungen von Studis geschaffen ohne sicher sein zu können, ob diese wirklich zu einer Verbesserung der Gesamtsituation beitragen.

*Die Vereinfachung der Redeliste soll dazu dienen, dass die Vergabe der Redelistenplätze auch für völlig neue StuRa-Vertrete*innen sofort ersichtlich ist. Die Praktikabilität über grundlegende Ideale zu stellen mag vielleicht pragmatisch wirken, allerdings ist es auch fraglich, ob diskussionscheue Menschen sich mehr beteiligen, wenn sie früher dran genommen werden oder sie das vielleicht zusätzlich abschreckt. Weiterhin ist es ungerechtfertigt ein 50:50 Verhältnis von Redebeiträgen herbeiführen zu wollen, wenn kein 50:50 Verhältnis der Anwesenden vorliegt. Es sollte vielmehr versucht werden rede-dominante, zum Schutz von eher scheuen Menschen, zu bremsen und dies nicht geschlechterspezifisch durchzuführen. Durch die formal geschlechterspezifische Trennung werden Menschen faktisch unterschiedlich behandelt und ihr Handeln stark verallgemeinert.*

Hinweis:

*Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).*